

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

283 (5.12.1927) Sport und Spiel

Friede kommt zu dem Schluss, daß die Werksporvereine in den weitaus meisten Fällen ein Mittel der Unternehmer sind, „die Arbeiterschaft zu neutralisieren, ihr Interesse von allen Fragen abzuwenden, in denen der Arbeitgeber eine Stellungnahme nicht wünscht“. Er sagt ganz richtig, daß es den Firmen nicht darum zu tun ist, die Gesundheit der Arbeiter zu fördern, da für diese Zwecke die vorhandenen Sporvereine vollkommen genügen. Scharfe Bekämpfung der Werksporvereine ist geboten, zumal die meisten von ihnen im gelben oder deutlichen Nationalen Farben tragen. Arbeiterportier, weist ein solches Anfinnen, das eventuell an auch gestellt werden sollte, energisch zurück. J. D.

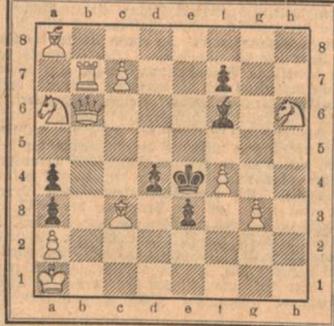
Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachklub Karlsruhe. (Spielabend Montag und Donnerstag im Volkshaus, Schützenstraße 16, Abteilung Mühlburg, Freitag, Brunnenstraße, Hardtsstraße, abends 8 Uhr. Anfragen und Lösungen an E. Schindeldeder, Luitensstraße 70.

Nr. 52.

J. S. Witna Dunsburg, Edeffe

2 Preis im 2. Intern. Problemturnier Berlin 1927 (Btbl. 3 Jäger) Schwarz



Witz in 3 Jäger

Freistaat Baden

Die badische Befoldungsvorlage

Man schreibt uns: Bekanntlich will die Reichsregierung die Erhebung der Befoldungsvorlage so rasch zu Ende bringen, daß noch vor Weihnachten die Erträge ausbezahlt werden können. Daraus erhellen wir, daß die preußische Regierung anscheinlich die Vorlage der Reichsregierung im Preußischen Landtag zu verabschieden. In Baden liegt bisher eine Vorlage der Regierung nicht vor. Es ist nicht möglich, die badische Regelung vor Weihnachten auch nur im Haushaltsausschuß zu beraten. Die badischen Beamten haben auch gar kein Interesse daran, in der kurzen Zeit vor Weihnachten die Befoldungsvorlage durchgeworfen zu sehen, so sehr sie auch eine Beschleunigung der badischen Verhandlungen wünschen. Dagegen erwartet die badische Beamtenverwaltung, daß die für Januar zu schließenden Vorläufe auf die Neuordnung der Beamtenbefoldung noch vor Weihnachten zur Auszahlung kommen werden.

Gemeindepolitik

Die Auflösung des Bürgerausschusses von Dos nicht erreicht
Baden-Baden, 4. Dez. In Dos wurde heute das vom Ministerium des Innern mit Entschiedenheit vom 4. November 1927 angeordnete Volksbegehren über die Auflösung des Bürgerausschusses durchgeführt. Von den 2738 Wahlberechtigten stimmten nach dem vorläufigen Ergebnis 1476 ab. Davon stimmten 1268 für die Auflösung des Bürgerausschusses und 192 dagegen, während 21 Stimmentzettel ungültig waren. Da die notwendige Mehrheit von 1369 Stimmen nicht erreicht ist, kann keine Auflösung des Bürgerausschusses erfolgen.

Donauerschiffen. Die letzte Bürgerausschussung hatte sich nur mit zwei Vorlagen zu befassen, die einstimmig Annahme fanden. Die erste betraf die Uebernahme einer Bürgerstadt in Höhe von 109 000 M für die gemeinnützige Bezirksbauwesen, die zweite die Anlegung einer neuen Wasserleitung in dem Langwaldenweg mit einem Kostenaufwand von 15 000 M.

Mannheim. Der Bürgerausschuß Mannheim genehmigte die städtische Vorlage über weitere 10,4 Millionen Mark, die zur Förderung des Wohnungsbaues verwendet werden sollen. Durch bisherige Gemeindebeschlüsse wurden schon 19,6 Millionen Mark bewilligt, so daß insgesamt 30 Millionen Mark an Darlehen für den Wohnungsbau aufgenommen werden können. Die Vorlage über eine Erhöhung der Straßenbahnfahrte wurde auf sozialdemokratischen Antrag hin einem gemischten Ausschuss überwiesen.

Theater und Musik

Konzerte

Chor der Johanniskirche. In der evangetischen Stadtkirche am Marktplatz führte der Evangel. Südstädtischer Chor ein großes Oratorium „Der Messias“ auf. Wenn Händel auch jede dramatische Steigerung in diesem Oratorium vermißt, bleibt doch immer nachhaltig, gewaltig und ergreifend. Die Musik ist heute noch volltönend, sie begeistert, belebt den Ausführenden und den Aufnehmenden. Der Johannischor führte seine Aufgabe bei der Verlebendigung des Wertes, wie immer, in musterhafter Art durch. Herr Callimir hat seinen Chor, der vor seiner Arbeit zurückschreckt, fest in der Hand. Er weiß aus dem Material das Beste herauszuholen. Die Mitwirkenden, Emma Gehring-Wilburg, Dr. Sebba Mesner, Fritz Remio, Jan van Gorkom und Theodor Warner leiteten ihre besten Kräfte ein, um eine künstlerisch hochstehende Wiedergabe zu ermöglichen.

Klavierabend Schell-Weißer-Hindemith. Die drei Künstler waren bei der Wiedergabe der Werke von Dvorak, Mozart und Brahms vorzüglich aufeinander einstimmt. Die beiden Streicher haben einen vollen, satigen Ton, den sie bei Mozart weich zu moderieren verstanden. Brahms wurde energisch angefaßt, Herr Schell dominierte mit Recht an einzelnen Stellen am Flügel, so daß sich eine geistvolle klare Plastik ergab.

Klavierabend Emma Darmstadt-Stern. Es ist von den letztjährigen Klavierabenden bekannt und diesmal trat es wieder erneut in die Erscheinung, mit welcher sicherer Konzentration, Klarheit und wohlwollender Reifung Frau Darmstadt-Stern Bach zu spielen weiß. Auch für die Darstellung des künstlerischen Gehaltes von Schumanns Davidsbündler Tänze eignet der Künstlerin ein vorzügliches Können. Das Frau Darmstadt-Stern und Herr Darmstadt zwei musikalische Vollnaturen sind, bewies die vollendete Wiedergabe der Bratschen-Sonate von Brahms.

Das Zentrum und die Befoldungsreform

Der Kampf zwischen Dr. Köhler und den christlichen Gewerkschaften

Die Beamtenschaft wird im Kampfe um die Befoldungsreform wieder mit einer neuen Ueberforderung bestraft. Die Zentrumskommision des Reichstages hat die Forderung aufgestellt, die Befoldungsreform in diesem Jahre nur zu 75 Prozent durchzuführen und die restlichen 25 Prozent den Beamten zu einem späteren Zeitpunkt, wenn möglich, im nächsten Jahre zu bewilligen. Dieser etwas schambastischen Darstellung muß hinzugefügt werden, daß geplant ist, die restlichen 25 Prozent erst am 1. April 1929 zu zahlen. Der neue Schritt des Zentrums in der Befoldungsreform ist eine Folge des seit Wochen toben den Kampfes zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler und dem christlichen Gewerkschaftsflügel. Die Art, wie das Zentrum seinen Streit schlichtet, ist wenig glänzend; denn man sollte nicht die Beamtenschaft für sich, sondern die Arbeiterklasse schützen.

Es ist bezeichnend für das schlechte Gemühen der Regierungsparteien im Reich, daß sie den Versuch gemacht haben, Preußen als Vorposten für die Verwirklichung des Zentrumsantrages zu benutzen. Preußen sollte den Regierungsparteien im Reich den Gefallen tun und noch vor der Entscheidung im Reich durch einen Beschluß dem Zentrumsantrag beitreten. Preußen sollte also das Odium der Kürzung der Beamteneinkünfte auf sich nehmen. Preußen hat jedoch die ihm zugeordnete wenig dankbare Rolle abgelehnt. Dank der Initiative des Ministerpräsidenten Brauns ist man in Preußen vielmehr entschlossen, nunmehr unter allen Umständen vor Weihnachten die Befoldungsreform endgültig zu verabschieden und klare Verhältnisse zu schaffen, damit die Beamten endlich wissen, woran sie sind und was sie bekommen.

Soweit es also mit der Befoldungsreform gekommen. Erst wurde von dem Finanzminister des Bürgerklubs in die Welt hinausposaunt, daß die Beamteneinkünfte um 33 Prozent erhöht würden, und dann blieben nur 17 Prozent und weniger übrig. Jetzt will man schließlich die unteren und mittleren Beamten, die eine Befoldungsbesserung dringend benötigen, um 25 Prozent stellen.

Im Laufe des Sonntags fanden zwischen den Regierungsparteien Besprechungen statt, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die im Lager des Bürgerklubs über die Verabschiedung der Befoldungsvorlage bestanden. Das Befoldungsgesetz soll unter allen Umständen noch vor Weihnachten verabschiedet werden. Nach der Darstellung eines Berliner Morgenblattes ist unter den Regierungsparteien eine Verständigung auf folgender Grundlage erfolgt:

1. Der Plan des Zentrums, die Erhöhungen vorläufig nur zu 75 Prozent auszusahlen, wurde endgültig fallen gelassen; die erhöhten Gehälter sollen in voller Höhe ausbezahlt werden;
2. Die Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei für eine günstigere Einwirkung der Pensionäre sind noch nicht aufgegeben, aber ihre Durchführung durch die Regierungsparteien ist zweifelhaft, da nach ihrer Auffassung die erforderlichen Mittel nicht vorhanden sind;
3. Kritik ist noch die Zulagen für die Beamten des besetzten Gebietes;
4. das Zentrum legt sich in den Regierungsparteien für eine Bevorzugung der Invalidenrentner ein, wobei jedoch fraglich ist, ob der Reichsfinanzminister die nötigen Mittel zur Verfügung stellt.

Am Montag vormittag sollen zwischen den Regierungsparteien weitere Besprechungen stattfinden.

Kampf um die Wohnungswirtschaft

In den letzten Tagen wandte sich der Vertreter der sächsischen Regierung, Ministerialrat Jäger, im Wohnungsausschuß des Reichstages gegen die auf eine Lockerung der Wohnungswirtschaft gerichteten Pläne der Reichsregierung. Diese Stellungnahme gab dem Organ der sächsischen Hausbesitzer zu einem scharfen Artikel gegen Jäger Veranlassung. Das Blatt behauptet u. a., daß Jäger nicht im Auftrage der sächsischen Regierung gehandelt habe und sein ganzes Vorgehen auf verletztes Ehrgefühl zurückzuführen sei. Das Organ der sächsischen Hausbesitzer ist daraufhin von der sächsischen Regierung befehligung worden, trotzdem die Wirtschaftspartei in Sachsen in der Regierung sitzt.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Mecklenburg

Berlin, 5. Dez. (Zunddienst.) Die in Schwerin am Sonntag stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen brachten für die Sozialdemokratie einen ersten Gewinn, der sich in zwei weiteren Mandaten ausdrückt. Es haben Stimmen erhalten: Sozialdemokraten 8940 (6628), Bürgerliche Einheitsliste 11 056 (9745), Demokraten 1140 (2699), Mieter 2175 (0), Wälfische 1396 (1398), Kommunisten 304 (649).

Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 18 (16), Bürgerliche Einheitsliste 23 (23), Demokraten 2 (5), Mieter 4 (0), Wälfische 2 (3), Kommunisten 0 (1). Außerdem wurde ein Angestellter-Berater gewählt.

Der Stahlhelm will sich retten

Dem Vorgesetzten dieses Bundes, Dürstberg, gefolgt. Er hat die Deutschnationale Volkspartei wissen lassen, daß er nicht mehr in der Lage ist, ihr weiterhin anzugehören. In der Gefinnung will dieser Reaktionsführer jedoch der gleiche bleiben.

Der Austritt Dürstbergs zeigt, daß die Leitung des Stahlhelms bestrebt ist, den fortgeschritten Niedergang dieses Bundes durch den Ansehen der Ueberparteilichkeit nach außen einzudämmen. Dieser Versuch zur Rettung dürfte wenig nützen, denn die Krankheit der Deutschnationalen ist gleichgültig die Krankheit des Stahlhelms. Wie sie sich auswirkt, haben insbesondere die Weibchen in Braunschweig gezeigt.

Eine demokratische Tagung

Der Parteiausschuß der Demokratischen Partei, der am Sonntag in Berlin tagte, beauftragte eine Kommission mit der Aufstellung der Kandidaten für die Reichs- und Landeslisten zu den kommenden Wahlen. Außerdem setzte sich der Parteiausschuß für die beschleunigte Durchführung einer Wahlreform ein und nahm einen Antrag auf Befreiung der Todesstrafe an. In einem Referat über die politische Lage bezeichnet der Parteiführer Koch das Verhalten des Reichsinnenministers von Reubell gegen den preußischen Kultusminister Dr. Beder als den Gipfel der Disziplinlosigkeit.

Stalins Ultimatum an die Opposition

Auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands in Moskau hielt Stalin ein Referat, das 7 Stunden währte. Ausführlich beschätzte er sich dabei mit den Bestrebungen der Opposition, die, wie er meinte, beschäftigt, auf dem Parteitag eine Erklärung abzugeben, daß sie sich den Beschlüssen des Parteitag unterwerfe und ihre Fraktion auflöse, aber ihre Anschauungen innerhalb der Partei weiter verteidigen wolle. Stalin erklärte, daraus werde nichts. Wenn die Opposition weiter in der Partei verbleiben wolle, müsse sie sowohl ideologisch wie organisatorisch völlig abstrifen und vor der Gesamtpartei ihre Fehler offen und ehrlich gestehen. Wenn sie das nicht tue, habe sie nichts mehr in der Partei zu suchen.

Die Berufung Dr. Englers nach Frankfurt a. M.

Ein bürgerliches Korrespondenzbüro berichtet:

„Der Präsident des Badischen Gewerbeaufsichtsamts, Dr. Engler, wurde von den zuständigen Stellen zum Leiter des Landesamtes für Arbeitslosenversicherung, das Hessen, die Provinz Pommern und die Freistaat Baden umfaßt, in Vorhinaus ernannt. Die Ernennung hat der Reichspräsident zu vollziehen. Der des Landesamtes ist Frankfurt a. M.“

Nach unseren Informationen stimmt die vorstehend angegebene Meldung. Mit dem Vollzug der Ernennung des Dr. Engler ist bestimmt zu rechnen. Genosse Engler dürfte schon in aller nächster Zeit seine neue Stellung in Frankfurt a. M. antreten. Wir — und mit uns die Gewerkschaften in Baden — haben gewünscht, daß Genosse Dr. Engler zum Leiter des hiesigen Landesverbandes ernannt werden sollte. Durch die reaktionäre Vorgesetzter wurde ihm Willen durch, daß ein Badener, noch gar ein Sozialdemokrat, an der Spitze des westdeutschen Landesamtes steht.

Infolge des Beschlusses von Engler nach Frankfurt, auch keine Mandate zum Landtag und dem Karlsruhe ausgesprochen. Im Landtag wird Genosse Hauptlehrer Seibler, Bürgerausschuß des Reichspräsidenten der Nachfolger sein.

Ein Gewerkschaftsbüro in die Luft gesprengt

Luxemburg, 3. Dez. In Rümelingen wurde ein gewerkschaftliches Verbundbüro, in dem auch Krankenkassen geführt sind, mit Sprengstoffen teilweise in die Luft gesprengt. Die Sprengung wurde durch einen Unvorsichtigen veranlaßt, der das Büro betrat. Es wurden keine Verletzten gemeldet.

Hermann Silberschmidt †

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für den Kreis Magdeburg-Anhalt Hermann Silberschmidt ist am Sonntag im Alter von 61 Jahren in Berlin gestorben.

Silberschmidt hatte zu Beginn der vergangenen Woche einen schweren Schlaganfall erlitten, dem am Freitagabend ein tödlicher Anfall folgte. Daraus ist er nicht mehr erwacht. Mit Silberschmidt geht ein alter Führer der Bauarbeiterbewegung dahin, der der Bauarbeiterbewegung große Verdienste um die Förderung des Bauwesens erworben hatte. Seit 1918 war Silberschmidt Mitglied im Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes. In den Jahren gehörte er sowohl dem Vorstand des Bauarbeiterverbandes als auch dem DGB an. Mitglied des Reichstages war er seit Nationalversammlung war Silberschmidt seit 1912. In der Reichstagsperiode er seit 1910 das Amt eines Stabsverwalters. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verlieren mit Silberschmidt einen anerkannten Ratgeber, dessen Leistungen in der Zeit in Ehren halten werden.

Der Nachfolger Silberschmidts für Magdeburg-Anhalt ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Stollberg aus Bura. Stollberg hat sein Landtagsmandat nicht mit dem des Reichstages tauschen, so würde als Nachfolger Silberschmidts der nächstbisherige sozialdemokratische Abgeordnete, Wilhelm Dietmann, in den Reichstag einziehen.

Wirtschaftskämpfe

Der Eisenbahnerstreik in Saargebiet

Saarbrücken, 3. Dez. Der Eisenbahnerstreik im Saargebiet hat sich heute auf die Eisenbahnen der Saar ausgedehnt. Die Eisenbahnen der Saar sind heute von allen Parteien besetzt. Die Eisenbahnen der Saar sind heute von allen Parteien besetzt. Die Eisenbahnen der Saar sind heute von allen Parteien besetzt.

Einigung im Eisenbahnerstreik in Dresden
Berlin, 3. Dez. Wie den Wälfen mitgeteilt wurde, sind die Verhandlungen in Dresden über den Eisenbahnerstreik heute Vormittag zu einer Einigung geführt, wonach der Streik sofort aufgenommen wird. Da Sabotageakte nicht mehr worden sind, konnte von Disziplinarmahnen abgesehen werden. Die Reichsbahn und die Gewerkschaften werden nicht geteilt den Streik regeln.

Wohnforderungen der Textilarbeiter
Mannburg, 3. Dez. Die Arbeiterchaft der Weberei Mannburg hat eine zahlreiche heilige Betriebsversammlung abgehalten, die sich mit den Wohnforderungen der Gewerkschaften beschäftigte. Mit Rücksicht auf die inzwischen vom Landesarbeiterverbanden beschlossene Verhandlungssache sieht die Arbeiterchaft sich zum Kampf verpflichtet ab. Sie behält sich vor, je nach dem Stand der Einigungsverhandlungen sofort den Kampf einzutreten.

Briefkasten der Redaktion
H. S. 100. Sie brauchen sich durch die Rosenfestlichkeiten der Rechtsanwaltschaft nicht irritieren lassen, denn die Briefkasten ihm ja den Auftrag gegeben, den Verleumdung nicht zu schließen, wenn die entstandenen Kosten ihres 1. Anwaltes der Vergeltungsumme eingebracht sind.

H. S. Nach unserer Auffassung verdirbt eine Verdrängung von dem Schuldner in gerichtlichem Verfahren anerkannt erst nach 30 Jahren.

Waschtischlässe für wollene Gewebe. Wollene Gewebe sind nur mit einer ganz reinen und milden Seife gewaschen werden dürfen. Die Seife soll nicht zu heiß sein, sondern nur lauwarm sein. Die Seife soll nicht zu heiß sein, sondern nur lauwarm sein. Die Seife soll nicht zu heiß sein, sondern nur lauwarm sein.